

Anna Durnová (Wien)

Feldforschung „intim“: Von Erlebnissen, Bedeutungen und Interpretationspraxis in der Politikfeldanalyse¹

Interpretative Ansätze in der Politikfeldanalyse schreiben dem Austausch von Bedeutungen eine zentrale Rolle zu. Im Austausch von Bedeutungen formulieren Institutionen Agenden und versuchen diese zu implementieren. Durch die Konzeption des „Diskurses“ beziehen die Ansätze eine intensive Auseinandersetzung mit Text und Kommunikation mit ein. Der vorliegende Aufsatz diskutiert die Interpretationspraxis, die aus der Interpretativen Politikfeldanalyse hervorgeht. Mittels der analytischen Figur des „Sprachmodus“ wird geschildert, wie ForscherInnen aus den Erlebnissen während der Feldforschung analytische Kategorien der Bedeutung entwickeln. Diese Entwicklung wird anhand der französischen Gesetzesdebatte rund um „das Ende des Lebens“ illustriert, das zwischen 2003 und 2005 eine emotional aufgeladene Debatte hervorrief. Besondere Beachtung schenkt der Artikel dem Adjektiv „intim“, das in zwei miteinander verwobenen Bedeutungsdimensionen in den Fokus rückt: einerseits mit Bezug auf emotionell geladene Ereignisse, die zum Gegenstand der Politikfeldanalyse selbst werden, und andererseits als ein Blick in die Strategien der interpretativen ForscherInnen.

Keywords: Bedeutung, Diskurs, Interpretative Politikfeldanalyse, Interpretation, Frankreich, Sprachmodus, Sterben, Verhandlung, discourse, France, interpretive policy analysis, meaning, negotiation, politics of end-of-life, Sprachmodus

Einleitung

Am 26. September 2003 pocht ein junger Mann gegenüber dem französischen Präsidenten auf sein Recht zu sterben. Seine Gesundheitssituation ist laut ÄrztInnen aussichtslos und er selbst betrachtet sie als lebensunwert. Der Name des Franzosen ist Vincent Humbert und er ist nur einer von vielen Fällen, in denen der Wunsch nach aktiver Sterbehilfe an die Öffentlichkeit dringt². Warum sollte gerade dieses Beispiel in den Blick der Politikfeldanalyse rücken? Vor allem deshalb, weil Fälle wie jener von Vincent Symbole, Handlungen, Meinungen und Wertezusammenhänge vereinen, die für die Formulierung und Implementierung politischer Agenden mitbestimmend sind. Vincent Humbert wurde durch seine öffentliche Forderung zum Antreiber und Symbol einer politischen Debatte über die Praxis des „Guten Sterbens“, die 2005 in das Gesetz über das „Ende des Lebens“ mündete, das die aktive Sterbehilfe ausdrücklich verbietet. Wie gezeigt werden wird, lassen sich diese Entwicklungen und der Ausgang, den sie nahmen, erst durch eine interpretative Herangehensweise erklären.

Interpretative Ansätze in der Politikfeldanalyse gehen von der Annahme aus, dass Konflikte und politische Ereignisse über Bedeutungen erforschbar sind, die AkteurInnen, Öffentlichkeit(en) und Institutionen diesen zuteilen. Politik entsteht durch Bedeutungen, mittels welcher Institutionen politische Agenden formulieren und implementieren. Demnach ergibt sich der Spielort der

Politik nicht aus vorher bestimmten Institutionen und deren AkteurInnen, sondern diese entstehen und legitimieren sich zuallererst immer im Austausch von Bedeutungen. In dieser Hinsicht haben Frank Fischer (Fischer 2003), Jason Glynos und David Howarth (Glynos/Howarth 2008), Herbert Gottweis (Gottweis 2003), Maarten Hajer (Hajer 2009), Dvora Yanow (Yanow 1996) oder Hendrik Wagenaar (Wagenaar 2011) auf die explanative Rolle von Bedeutungen für die Politik hingewiesen.

Im folgenden Aufsatz wird der französische Fall als eine Illustration für die Diskussion der Praxis der interpretativen ForscherInnen herangezogen. Ergebnisse der interpretativen Analysen schließen nicht zuletzt an den Erfahrungen an, die ForscherInnen im Rahmen ihrer Forschungspraxis gemacht haben. Wie genau Bedeutungen im Rahmen der Feldforschung identifiziert werden, und wie sie im Zuge der Analyse in Kategorien sortiert werden, wird mithilfe der Figur des „Sprachmodus“ (vgl. Kerbrat-Orecchioni 1999; 2005; Maingueneau 1996) besprochen. Diese Kategorie lässt sich durch ihren Fokus auf die Vermittlung einer Bedeutung in den Kontext Interpretativer Politikfeldanalyse einbetten.

Eine solche Analyse wird gerade im politischen Feld von „Sterben“ interessant. Denn es zieht seinen Bedeutungsgehalt nicht zuletzt aus der Spannung zwischen den Versuchen, intime Erfahrungen mit dem herannahenden Tod zu kommunizieren, und der öffentlich-politischen Resonanz, die diese Versuche erzeugen. Diese Spannung offenbart sich auch in den Erlebnissen der Feldforscherin und in den für die Analyse gebildeten Bedeutungskategorien. Das Adjektiv „intim“ wird demnach einerseits als Bezug auf emotionell geladene Ereignisse, die zum Gegenstand der Analyse werden, verstanden, und andererseits problematisiert es einen Blick auf die individuellen Strategien der interpretativen ForscherInnen.

Vom theoretischen Rahmen der Interpretativen Politikfeldanalyse

Obwohl Interpretative Politikfeldanalyse eine breite Palette an Ausrichtungen mit einbezieht, kann man drei generelle Merkmale hervorheben. Erstens versteht sich Interpretative Politikfeldanalyse nicht als eine Untergruppe qualitativer Sozialforschung. Obwohl sie Daten wie Interviews, Strategie- und Positionspapiere, Medienquellen, Beobachtungen und Fokusgruppen analysiert, stellt sie sich gegen die Trennung von qualitativen und quantitativen Zugängen (vgl. dazu Yanow 2006), weil Interpretation als eine übergreifende Perspektive in der Sozialforschung allgemein gesehen wird (Wagenaar 2011, 3–13). Zweitens nehmen die Machtverhältnisse, die jeder Bedeutung innewohnen, eine zentrale Stellung in den Datenanalysen ein (vgl. dazu insbesondere Griggs/Howarth 2004; Mouffe 2005 und Torfing 2005). Damit hängt, drittens, zusammen, dass Bedeutungen von AkteurInnen und Institutionen verhandelt werden. Verhandlung heißt in dieser Hinsicht, dass sich Bedeutungen im konkreten Austausch unter AkteurInnen und Institutionen verändern können (vgl. z.B. die Analyse vom Bau von „Ground Zero“ von Maarten Hajer 2005).

Ein interpretativer Zugang zu Politik entwickelte sich zunächst aus der Kritik der positivistischen Analysemodelle der Politikfeldanalyse.³ Sie wies auf die nicht angesprochenen normativen Hintergründe mancher Politikfelder hin und lud zu einer Berücksichtigung sozialer Konstruktionen der zu operationalisierenden Kategorien ein (vgl. dazu Yanow 2003 oder Fischer 2003). Aus diesem Grunde wird die Kritik oft als „konstruktivistisch“ bezeichnet (vgl. auch Gottweis 2006), wobei auch Bezeichnungen wie „poststrukturalistisch“ (vgl. dazu Gottweis 2003; Finlayson/Valentine 2006 und Griggs/Howarth 2004), „postpositivistisch“ (vgl. dazu Fischer 2009 oder Bevir 2002) oder „kritisch“ ihren Eingang gefunden haben.⁴

Aus allen Bezeichnungen bzw. Ausrichtungen ergibt sich die führende Rolle, die dem Begriff des „Diskurses“ zukommt. Diskurs ist nicht nur textuell bedingt: Jegliche bedeutungsgenerierende Handlung wohnt einem Diskurs inne (vgl. dazu Glynos/Howarth 2008). In den interpretativen Ansätzen umfasst der Diskurs sowohl eine Bedeutungsanhäufung und symbolische Dimension eines Ereignisses, als auch eine analytische Konzeption des Austausches solcher Bedeutungen (vgl. dazu Yanow 1996 oder Torfing 2005). Diskurs reflektiert soziale und politische Verhältnisse und bildet sie gleichzeitig neu, wenn Politikinhalt und politische Strukturen verhandelt werden (Hajer 1993, 45–46).

Die doppelte Facette des Diskurses spiegelt sich in dem Begriff der Interpretation wider. Interpretative Politikfeldanalyse strebt nach der Überwindung einer ausschließlich hermeneutischen oder ausschließlich strukturalistischen Auffassung der Bedeutung. Beide Auffassungen gehen zwar – wie der Diskursbegriff – von der kontextuellen Verankerung der Bedeutung aus, sie weisen aber jeweils eine gewisse Einseitigkeit auf. Entweder geben sie dem formalen Organisieren der Bedeutungen die Schlüsselrolle, wie es im Strukturalismus der Fall ist (vgl. dazu die Kritik bei Dreyfus/Rabinow 1983 sowie bei Wagenaar 2011), oder sie heben zu sehr die Rolle der Subjekte bei Bedeutungsproduktionen hervor, was vor allem in der Hermeneutik vorkommt (vgl. dazu Yanow 2006, 18 sowie die Kritik bei Combe 1991 und bei Grondin 1994).

Bei interpretativen Zugängen ist die Intersubjektivität der Bedeutung wichtig, die sowohl formale Organisationsstrukturen als auch subjektive Komponenten mit einbezieht.⁵ Die Intersubjektivität macht auf Verhandlungsmechanismen unter AkteurInnen und Institutionen aufmerksam (vgl. Hajer/Versteeg 2005; Fischer 2003; siehe auch die linguistische Diskussion bei Maingueneau 1996 und Charaudeau 2000). Die Verhandlung stellt somit ein Bindeglied zwischen Rahmungen einer Bedeutung (formale Kriterien, historische, sozio-kulturelle oder institutionelle Kontexte) und der subjektiven Ausrichtung der Bedeutung (die eigentliche Kommunikationssituation des Subjektes, seine Emotionen) dar.

Das Prinzip der Verhandlung postuliert damit einen breit gefassten Politikbegriff, welcher in den Kontext der Umschichtung der Staatsmacht in Richtung Zivilgesellschaft (vgl. dazu Fischer 2003 und 2009) sowie Governance (Peters/Pierre 2000) eingebettet wird. Dieser Politikbegriff bringt Verhandlung sowie Kommunikation solcher Verhandlungen stärker in den Vordergrund. Die Institutionen werden zu bedeutungsgenerierenden Verhandlungspartnern und schaffen Praktiken, zu welchen sich soziale Gruppen positionieren, mittels derer sie nach Transformation streben (Griggs/Howarth 2004) und durch die sich ihre Position in dem Politikfeld entwickelt.

AkteurInnen und Institutionen konstruieren die Praktiken durch Argumentation (vgl. dazu Majone 1989; Fischer/Forester 1993), durch Appell an kulturelle oder soziale „Narrative“ (vgl. dazu Gottweis 2006) oder durch Metaphern und Symbole (vgl. dazu Yanow 1996). Dadurch erklären interpretative Analysen, warum Institutionen bestimmte Agenden verfolgen, welchen Gruppen sie dennoch entsprechen (und welche sie ausklammern) und wie dies generell die Wahrnehmung und Definition eines Politikfeldes beeinflusst.

Eine interpretative Auffassung von Bedeutung ergibt sich also als eine durch Verhandlung entstandene kontextbedingte Sinnhäufung, die Praktiken konsolidiert, und durch die sich Subjekte (AkteurInnen und Institutionen) positionieren. Die Analyse geht deshalb auf das konkrete Zusammenspiel der Kontexte und Subjekte ein.⁶ So ist bei der französischen Debatte über die Praxis des „Guten Sterbens“ interessant zu sehen, mit welchen Bedeutungen jeweilige Auffassungen des „Guten Sterbens“ – für und gegen eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe – gefüllt werden. Sie offenbaren sich durch einen Austausch während der Reaktionen auf den Fall Humbert, durch Appelle an historische und sozio-kulturelle Traditionen Frankreichs während der

Debatte um das Gesetz sowie durch die Versuche, diese Traditionen durch Gegeninitiativen neu zu definieren. Weiters rückt in den Blick der interpretativen Analyse, wie entlang dieser Bedeutungen AkteurInnen zueinander gefunden haben und in welche Praktiken dies mündet: im Fall von Frankreich in das 2005 einstimmig verabschiedete Gesetz. Im nächsten Kapitel werden die Wege der Rekonstruktion eines solchen Bedeutungsgeflechts diskutiert.

Zur Interpretationspraxis in der Politikfeldanalyse

Der interpretative Zugang zur Politikfeldanalyse geht mit den sozialwissenschaftlichen Zugängen einher, welche Sprache und Kommunikation als Datenquellen der Herangehensweise an die Gesellschaftsanalyse konzipieren. Damit sind vor allem folgende Zugänge gemeint: der symbolische Interaktionismus (vgl. Goffman 1969; Denzin/Lincoln 1994), politische Ethnografie (vgl. Dubois 2009; Schatz 2009; Van Maanen 1988), wissenssoziologische Diskursanalyse (vgl. Keller 2008), kritische Diskursanalyse (vgl. Jäger 1999; Fairclough 2001; Wodak/Krzyzanowski 2008) oder die qualitative Sozialforschung (vgl. Altheide/Johnson 1994; Bryman 2001; Weiß 1994), insbesondere die „Triangulation“ (Flick 2004).⁷ Diese Zugänge treten mit der Interpretativen Politikfeldanalyse nicht in Konkurrenz, im Gegenteil, interpretative ForscherInnen wenden sie oft in ihren Analysen an.

Interpretative ForscherInnen befassen sich mit der Frage, in welchen „Kontexten“ politische Agenden formuliert werden, von welchen „Subjekten“ sie formuliert werden und was diese Agenden für ihre RezipientInnen bedeuten. Im Zentrum der Analyse steht dann das spezifische Zusammenspiel der Subjekte und Kontexte. In der Regel bleibt jedoch der konkrete Umgang mit diesem Zusammenspiel verborgen. Feldforschungsnotizen, Kodierungen und Bedeutungsketten werden zwar vorausgesetzt, sie bleiben aber oft außerhalb der Exposition der Analysen. Die Kritik, dass interpretative ForscherInnen ihre analytischen Agenden hinter abstrakten Kategorien verbergen, wurde bereits von innen geübt (vgl. vor allem Torfing 2005, 26–28 oder Wagenaar 2011, 7–9), und führte zu einer stärkeren Verknüpfung mit den erwähnten Traditionen qualitativer Sozialforschung (vgl. dazu Altheide/Johnson 1994, 493; Weiß 1994) oder der politischen Ethnografie (wie es z.B. Dvora Yanow vorschlägt, vgl. Yanow 2006, 10).

Diese Kritik eröffnet nun auch eine Diskussion über den eigentlichen Prozess der Transgression der Erlebnisse während der Feldforschung in eine Analyse. Wie wird das Bedeutungsgeflecht, das sich dem Forscher/der Forscherin während der Feldforschung offenbart, analytisch gehandhabt? Im Sinne des Prinzips der Verhandlung, das die interpretativen Ansätze in den Vordergrund stellt, ragen dabei drei Fokuspunkte heraus: die Kontextualisierung des Erlebnisses, die Rekonstruierung der Position der analysierten Subjekte zueinander und die eigentliche Vermittlung des Erlebnisses.

Die zwei ersten Fokuspunkte gehen bereits aus der theoretischen Diskussion interpretativer Ansätze hervor. Mit „Kontext“ werden sowohl das spezifische Milieu, in dem Bedeutungen verhandelt werden sowie die Art der Verhandlung gemeint. Verhandlungsarten nehmen Erwartungen und normative Vorstellungen vorweg und beeinflussen den Kontext (vgl. dazu „die soziokulturellen Vorbedingungen“ bei Fischer 2009). „Subjekt“ bezieht sich auf die Position der AkteurInnen oder Institutionen im Rahmen einer Agenda. Subjekte füllen durch ihre Stellungen und Handlungen diese Agenda mit Bedeutungen. Ihre Position wird zwar in Bezug auf das vorherige Geschehen etabliert, sie kann sich aber im Zuge einer neuen Agenda verändern.

Der Fokuspunkt auf die „Vermittlung“ des Erlebnisses – d.h., auf die sich aus den Daten

ergebende konkrete Form der Bedeutung – wird hier mit der Figur des „Sprachmodus“ zusammengefasst. Dieser Fokus wurde durch ethnografische Kritik thematisiert (vgl. Fay 2005; van Maanen 1988 oder Yanow 2006), die einen reflexiven Umgang mit Daten und Empathie im Hinblick auf die Erlebnisse des Anderen betont. Ebenfalls berücksichtigen die Analyseapparate der kritischen Diskursanalyse die Spannung konkreter Formen einer Bedeutung und der Machtstrukturen, in deren Rahmen die Bedeutung ausgedrückt wird (vgl. z.B. Jäger 1999 und Wodak/Krzyzanowski 2008). Nicht zuletzt wird die Vermittlung der Bedeutung zum Gegenstand der Soziolinguistik (vgl. dazu Gumperz 1982 und Bruner 1990) und der französischen Vermittlungslinguistik (frz. „Linguistique de l'énonciation“: Charaudeau 2000; Kerbrat-Orecchioni 1999; Maingueneau 1996) sowie der literaturkritischen Studien (vgl. dazu Bakhtine 1984; Combe 1991; Iser 1984 oder Ricœur 1997), die alle auf die Spannung zwischen dem Idiolekt des Subjekts und seiner Rezeption hinweisen.

Nachdem alle diese Perspektiven die Spannung zwischen dem Einzelereignis/der individuellen Aussage/dem AutorInnenidiolekt und den sozialen Repräsentationen/Textstilen/narrativen Traditionen thematisieren, liegt es nahe, diese Diskussionen in das Prinzip der Verhandlung der Bedeutung explizit einzubetten. Diese Spannung wird nämlich verhandelt: Der Fall von Vincent Humbert ist einerseits als individueller Ausdruck des Wunsches nach dem Tod anzusehen, gleichzeitig wird er durch die Rezeption in eine soziale Dimension eingebettet (wie es auch Gumperz 1982 oder Kerbrat-Orecchioni 1999 postulieren). Es geht nicht darum, hinter den Vorhang von Vincents intimum Bezug zum Tod zu blicken, sondern zu sehen, was für eine öffentliche Diskussion sich aus dem Einzelereignis entwickelt.

Als Pendant dazu ist jede Form individueller Aussage – seien es Interviews, Debatten oder AutorInnen-texte – an eine breitere Dimension des Stils oder des Kommunikationsumfelds gebunden (vgl. dazu auch Combe 1991 oder Iser 1984). Drittens offenbart sich dadurch eine übergreifende epistemologische Prämisse⁸ der Spannung zwischen dem Einzelerlebnis der ForscherInnen und der Bedeutungsvielfalt der umgebenden Realität (vgl. dazu auch die Diskussion zur „Intersubjektivität“ im Umgang mit Daten bei Weiß 1994; Wagenaar 2011, 45 sowie bei Yanow 2006, 18).

Die Figur des Sprachmodus trägt die genannte dreifache Spannung in sich und stellt Instrumente zur Aufdeckung der Bedeutung dar. Sprachmodus versteht sich als eine konkrete Form der Bedeutung (Zeitungsartikel, Pressemeldung, Strategiepapier, Debatte, Interview, Beobachtung, Manifestation etc.), in der sich das Zusammenspiel der Kontexte und Subjekte niederschlägt. „Kontext“ und „Subjekt“ sind jedoch nicht gegeben, sie bilden einen „Interdiskurs“ (vgl. Maingueneau 1996, 50), auf den (dann) eine Vermittlung reagiert, bzw. zu dem sie sich positioniert (siehe Abb. 1).

Durch den Sprachmodus werden erstens spezifische Subjekteinstellungen offengelegt (wie z.B. soziale Rollen oder bereits verhandelte Positionen als politische/r AkteurIn) und Reaktionen auf eine etablierte Position sowie deren Neudefinitionen gezeigt. Zweitens legt der Sprachmodus das Kommunikationsumfeld der Bedeutung offen. Dies betrifft Kommuni-

Abbildung 1:



kationsstereotypen, die bestimmte Vermittlungsarten vorwegnehmen: Vortrag, FreundInnengespräch, Geschäftsverhandlungen, Demonstrationen u.a.

Drittens entfaltet der Sprachmodus zusätzliche Informationen einer Bedeutung. Solche zusätzlichen Informationen liefert die unmittelbare Feldforschungssituation, z.B. wenn InterviewpartnerInnen Vertrauen oder Misstrauen gegenüber den ForscherInnen artikulieren (weil das Thema für sie ein Tabu oder zu intim ist) oder wenn ForscherInnen selbst ihre Erlebnis-se kontextualisieren wollen (siehe Abb. 2).

Somit können wir zwei Facetten der Interpretation unterscheiden: die Facette des „Interdiskurses“, der die Stellung der Kontexte von Institutionen sowie die Positionen der AkteurInnen betrachtet und die Facette des „Sprachmodus“, durch welchen ForscherInnen spezifisch auf die Form der jeweiligen Positionierung zum Interdiskurs eingehen können (siehe Abb. 3).

Abbildung 2:

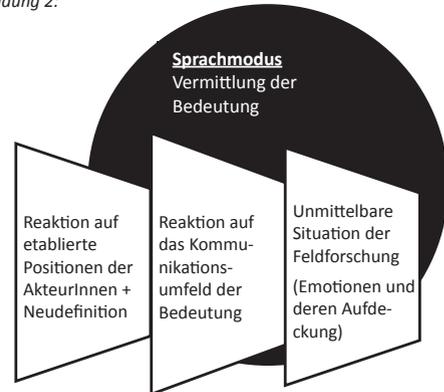
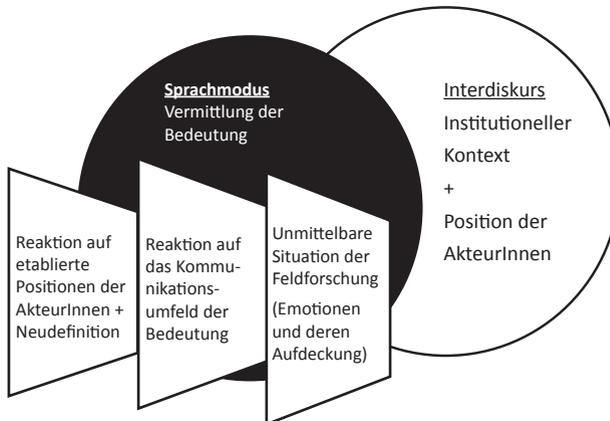


Abbildung 3:



Für die eigentliche Interpretationspraxis können zwei Phasen konzipiert werden. In der ersten Phase werden Informationen zum Interdiskurs eingeholt und zwar durch Identifizierung in Interviews, in den Textdaten sowie während der Beobachtungen. Des Weiteren wird darauf geachtet, welche Subjekte an welche sozio-kulturellen Kontexte appellieren und welche Werte sie damit verbinden. In dieser ersten Phase geht die Analyse auf jeden Datensatz einzeln ein.

Die zweite Phase unterteilt sich in drei Stufen, wobei zunächst die Texte untereinander verglichen werden (vgl. „Reaktion auf etablierte Positionen der AkteurInnen“). Finden sich Referenzen zu anderen AkteurInnen? Wie werden die anderen Gruppen bezeichnet? Anschließend wird das Kommunikationsumfeld unter die Lupe genommen: Wie schlagen sich die stilistischen Voraussetzungen der Texte in dem jeweiligen Datensatz nieder (Zeitungsartikel, Interview, Reportage, Demonstration, Gesetzestext etc.)? Werden Kommunikationsstereotypen während der Interviews beobachtet? Gibt es z.B. einen spezifischen Argumentationsstil bei den befragten PolitikerInnen, die ÄrztInnen nicht haben? Die Ergebnisse der zwei vorherigen Schritte werden letztendlich in einem dritten Schritt mit den Feldforschungsnotizen verglichen (vgl. „unmittelbare Situa-

tion der Feldforschung“). Der Vergleich geht vor allem auf Eindrücke der FeldforscherInnen selbst ein: Gab es Schwierigkeiten in dem Feld? Gab es Konflikte während der Interviews? Wie wirken sich diese Informationen auf die durchzuführende Analyse aus? Die dritte Stufe ermöglicht es auch, der Intersubjektivität und der Verhandlung der Bedeutung explizit Rechnung zu tragen.

Im letzten Kapitel soll detailliert auf den französischen Fall eingegangen werden. Der Fall Humbert, der sowohl von der Bewegung zur Forderung der Legalisierung der aktiven Sterbehilfe als auch von ihren GegnerInnen für die jeweiligen Agenden vereinnahmt wurde, zeigt, wie sich Bedeutungen politischer Agenden aus öffentlicher Akzeptanz individueller Ereignisse entwickeln. Diese Entwicklung schildert, dass AkteurInnen in einem gemeinsamen Interdiskurs zueinander gefunden haben, der sich rund um die jeweilige Auffassung des „Guten Sterbens“ konsolidierte. Durch die Aufdeckung dieses Zusammenspiels wird der Interpretationsapparat näher erläutert.

Von Erlebnissen zu Bedeutungen: Die französische Praxis vom „Guten Sterben“

„Herr Präsident, geben Sie mir das Recht zu sterben“, zierte als Headline am 26. September 2003 die Französische Boulevardzeitung *France Soir*. Die Worte stammten vom 22-jährigen Feuerwehrmann Vincent Humbert, der nach einem Autounfall querschnittsgelähmt war und seither nur mittels Daumen seiner linken Hand kommunizieren konnte. Vincent verlangte in seinem offenen Brief an Präsident Chirac das Recht zu sterben, weil seine gesundheitliche Situation von den ÄrztInnen als aussichtslos klassifiziert wurde und er selbst sie als „lebensunwert“ betrachtete. Als der Präsident Jacques Chirac ihn mit der Auferlegung der Aufgabe, „seine Lust am Leben wieder [zu] erwecken“⁹, zurückwies, sollte ihm Marie Humbert, seine Mutter, den Wunsch erfüllen.

Der Fall Humbert wurde zum Anlass genommen, einen parlamentarischen Ausschuss zur Ausarbeitung eines Gesetzes zur „Patientenverfügung am Ende des Lebens“ („droit des malades et à la fin de vie“) einzusetzen, wie dies auch in der Resolution N°1105 festgehalten wurde. Das im Jahre 2005 einstimmig verabschiedete Gesetz (n°2005–370) hielt an einem Verbot der aktiven Sterbehilfe fest, auch wenn sich eine wachsende Anzahl von AnhängerInnen der aktiven Sterbehilfe in Meinungsumfragen kontinuierlich abzeichnete¹⁰. Die französische Gesellschaft schien sich zunehmend in zwei Gruppen zu teilen, die unterschiedliche Auffassungen über das „Gute Sterben“ hatten und sich entweder für oder gegen die aktive Sterbehilfe aussprachen.

Die hier beschriebene Analyse beginnt mit der Veröffentlichung des offenen Briefes von Vincent Humbert im September 2003 und endet mit dem im Februar 2006 eingestellten Verfahren gegen Marie Humbert, die der Tötung auf Verlangen angeklagt worden war. Zentral ist die Erklärung, wie die jeweiligen Meinungen und Darstellungen der Praxis des „Guten Sterbens“ aus dem Datenmaterial abgeleitet werden können.¹¹

Das Datenmaterial setzt sich neben dem Gesetzestext aus den transkribierten Debatten über das Gesetz im französischen Parlament zwischen 2004 und 2005, der Dokumentation des Parlamentarischen Ausschusses zur Ausarbeitung des Gesetzes in den Jahren 2003 und 2004 (die auch das gesamte Interviewmaterial der 65 befragten ExpertInnen aus dem Gesundheitsbereich sowie Vertretern aus Religion und Ethik beinhaltet), diversen Pressemitteilungen und Strategiepapieren medizinischer und palliativer Verbände sowie den Medienberichten während der Untersuchungsperiode zusammen. Darüber hinaus wurden zwischen 2005 und 2007 Interviews mit Gesundheits- und PolitikexpertInnen geführt.

Als Ausgangspunkt für die Analyse wurde der Gesetzestext genommen. Unter dem Blickwinkel, dass Bedeutung immer in einer Verhandlung hergestellt wird, stellt jener Gesetzestext eine Art von Synthese der vielen Verhandlungsprozesse dar. Da sich das Gesetz klar gegen aktive Sterbehilfe ausspricht und damit auf das von Vincent geforderte Recht zu sterben negativ reagiert, kann der Gesetzestext auch einen ersten Aufschluss über die AkteurInnen der Debatte geben. Zunächst werden Schlüsselbegriffe des Gesetzestextes herausgegriffen und in einem weiteren Schritt durch die Feldforschung der Autorin auf ihren Interdiskurs hin befragt. Danach fließen die Erlebnisse aus der Feldforschung in die Analyse mit ein und werden zueinander positioniert, insbesondere die Reaktionen der AkteurInnen, der Bezug zum jeweiligen Kommunikationsumfeld und nicht zuletzt die Schwierigkeiten während der Feldforschung.

Dem Interdiskurs konnte sich die Autorin einerseits durch die Analyse der Begleitmaterialien zum Gesetzestext annähern: die Debatte zum Gesetz, der Bericht des Parlamentarischen Ausschusses und diverse Strategiepapiere (vor allem der Bericht von Marie de Hennezel 2005). Andererseits wurden im politischen Prozess involvierte Personen in Interviews befragt. Die Befragten stellten eine Gruppe von PolitikerInnen, deren AssistentInnen, sowie ExpertInnen aus Krankenhäusern und Hospizen dar. Sie gingen auf ihre Erfahrungen mit der Gesetzesdebatte ein und erläuterten ihre Meinungen zum Fall Vincent Humbert. Um das Bild des Verhandlungsprozesses abzurunden, wurden Zeitungsartikel zu den Begriffen „Sterbehilfe“, „Palliative Medizin“, „Hospiz“, „Vincent Humbert“, „Gesetz über das Ende des Lebens“, „Ende des Lebens“ in den französischen Medien (*Le Figaro*, *Libération*, *Nouvel Observateur*, *genethique.org*, *20 Minutes*, *L'Express*, *France Société* und *l'Humanité*)¹² sowie Umfragen und Strategiepapiere der BürgerInneninitiativen, die das Gesetz kritisiert hatten, herangezogen.

Auf diese Weise konnten vier Bedeutungskategorien identifiziert werden, die sich auch schon als Schlagworte in der zum Gesetzesvorschlag erklärenden Präambel (Proposition N° 1882), von dem aus die Gesetzesdebatte ihren Ursprung nahm, wiederfinden lassen: „Angst“, „Verleugnung des Todes“, „Tötungsverbot“ und „Rationalisierung des Sterbens“. Diese Kategorien sollten im Gesetz selbst Niederschlag finden (siehe die Spalte Parlament in Tab. 1) und wurden bei den durchgeführten Interviews immer wieder hervorgehoben. Aus diesem Grunde wurden dann bei der Medienanalyse die Begriffe „Sterbehilfe“, „Palliative Medizin“, „Hospize“, „Vincent Humbert“, „Gesetz über das Ende des Lebens“, „Ende des Lebens“ unter besonderer Berücksichtigung dieser vier Kategorien untersucht. Schließlich wurden diverse Strategie- und Positionspapiere der KritikerInnen des Gesetzes untersucht.

Es konnten dadurch vier vorläufige AkteurInnengruppen identifiziert werden: das Parlament, die ExpertInnen (deren Perspektive durch die Analyse des parlamentarischen Ausschusses, der Interviews und der Strategiepapiere eingeholt wurde), die Medien samt Umfragen und KritikerInnen des Gesetzes (vor allem die BürgerInneninitiative ADMD). Die Tabelle bringt – illustrierend – einige Beispiele der Kontexte, in denen Angst, Verleugnung des Todes, das Tötungsverbot und die Rationalisierung des Sterbens genannt wurden (siehe Tab. 1).

Während sich die Kategorien eins und zwei auf die individuelle Ebene des Umgangs mit dem Tod beziehen, umfassen die Kategorien drei und vier dessen Formalisierung in gesellschaftlichen Normen und institutionellen Praktiken. Diese Spannung zwischen intimem Bezug zum Tod und dessen öffentlicher Repräsentation – wie es die Palliativexpertin Marie de Hennezel in ihrem Strategiepapier (Hennezel 2005) und der Parlamentarier Jean Leonetti in der Einleitung zum Ausschuss-Bericht (Leonetti 2004) nennen – wurde im Zuge der Analyse immer deutlicher.

Tabelle 1:

Vorläufige AkteurIn-nengruppen: Bedeutungskategorien	Parlament		Expertinnen	Medien	Kritikerinnen
1. Angst	Angst vor Einsamkeit		Angst vor Würdelosigkeit der Patientinnen Angst vor Unmöglichkeit der Schmerzenduldung	Angst vor Schmerzen Angst vor Aussichtslosigkeit	Angst vor Schmerzen Angst vor Würdelosigkeit der Patientinnen
2. Verleugnen des Todes	Appell an den französischen Wert „Bruderschaft“		Akzeptanz des Todes lernen	Ratlose Patientinnen	Appell an den französischen Wert „Freiheit“
3. Tötungsverbot	Appell an französische Werte: gegen eine Umdefinierung des Freiheitsbegriffs		Appell an Religion	Marie Humbert, Vincent Humbert als Symbole	Umdefinieren des Bruderschaftsbegriffs
			Appell an den Hippokratischen Eid		Marie Humbert, Vincent Humbert als Symbole
4. Rationalisierung des Sterbens	Gegen „Versessenheit“		Appell gegen die Gefahr eines „slippery slope“	Umfragen versus Parlament	Neudefinierung des Lebens
	Transparenz der Entscheidung Kollegialität der Entscheidung		Rolle des Parlaments in den Gesellschaftsfragen – „ohne Apriori“	Eingestelltes Verfahren gegen Marie Humbert – Debatte wieder eröffnen	Kritik der Kollegialität Respektieren des Willens des Individuums
	Einstimmiges Votum		Nicht den Emotionen unterliegen		Umfragen versus Parlament
Akteurlinnengruppen:	Gegen aktive Sterbehilfe			Für aktive Sterbehilfe	

Im Parlament als dem legitimen Ort politischer Entscheidungsmacht in der gegenwärtigen französischen Demokratie wurden Angst und Verleugnung des Todes durch das „Allein-Lassen“ der PatientInnen am Ende ihres Lebens thematisiert (Stichwort „Angst vor der Einsamkeit“, Interview FR5, sowie Appelle an den Wert der „Bruderschaft“ in Interview FR4 oder von der Abgeordneten Christine Boutin während der Gesetzesdebatte). „Die „moralische Pflicht“ der Abgeordneten (Interview FR4) sei es in diesem Sinne, auf den Wert der „Freiheit“ zu achten (wie der Abgeordnete René Roquet während der Gesetzesdebatte argumentierte). Diese Appelle an die Erhaltung der Freiheit in ihrem traditionellen Kontext werden auch in den Interviews erwähnt (z.B.: „Unsere Geschichte, unsere Werte sind in Stein gemeißelt“, im Interview FR4).

Das Gesetz sieht zwar Bedingungen vor, unter denen auf weitere Heilung verzichtet werden kann. Die Prinzipien des Verzichtens beruhen jedoch – so wie es im Gesetz festgehalten wurde – auf einer „Rationalisierung“ des Sterbens (das als Gegenstück zu einer sog. „therapeutische[n] Versessenheit“ verstanden wird). Die Entscheidungstransparenz in diesen Fällen soll durch „Kolligialität“¹³ garantiert werden. Das einstimmige Votum für das Gesetz n° 2005–370 unterstreicht diese Argumentation und bringt zum Ausdruck, dass die öffentliche Dimension (Stichwort: Bruderschaft und Freiheitsbegriff) vor die individuelle gestellt werden muss.

Bei den ExpertInnen wird die öffentliche Dimension ebenfalls hervorgehoben, indem argumentativ bei den zwei ersten Kategorien auf ethische Positionen zurückgegriffen wird. ÄrztInnen thematisierten dies in Interviews in Hinblick auf die Behandlung der Wünsche der PatientInnen: „Wir müssen darauf achten, was genau [PatientInnen] wollen, wie sich ihr intimer Bezug zum Ende des Lebens in dem Wunsch widerspiegelt“ (Interview FR2). Die PatientInnen haben Schmerzen und Ängste und ihnen muss geholfen werden, diese zu überwinden (Interviews FR1 und FR3). Der Tod soll also „akzeptiert werden“ (Interview FR3), man muss mit den „gefährlichen Fallen der Entwicklung der Medizin“ umgehen können (vgl. Strategiepapier von Marie de Hennezel 2005, 17). Die Gesellschaft muss die Prämissen der Religion beachten (Kardinal Barbarin während des Ausschusses: vgl. Leonetti 2004, 183) sowie ÄrztInnen den Hippokratischen Eid als ihren höchsten Handlungsimperativ (vgl. z.B. Leonetti 2004, 17).

Die Rationalisierung des Sterbens findet dann ihren Niederschlag in einer Warnung vor einem ethischen Dambruch („slippery slope“), z.B. im Interview FR3 („die Leute wissen nicht, welche gefährlichen Entwicklungen sie zustimmen“) und in der Etablierung des parlamentarischen Ausschusses, der die Problematik „ohne Apriori“-Vorstellungen behandeln wird (vgl. dazu Leonetti 2004, 10 sowie *Le Monde* 2.10. 2003). Es gilt hierbei „keine emotionale, sondern eine rationale Antwort auf den Fall Humbert zu geben“ (Jean Leonetti in der Fernsehdebatte *Le duel*). Im Interview mit einer Abgeordnetenassistentin hieß es in dieser Hinsicht: „Wir mussten darauf achten, dass die Emotionen der BürgerInnen nicht zu Vektoren einer solchen Entscheidung werden“ (Interview FR5).

In der Medienberichterstattung wird diese Spannungslinie zwischen intim/individuell und öffentlich durch eine vornehmliche Problematisierung der Schmerzen der PatientInnen sichtbar (z.B. *Nouvel Observateur*, 11.5.2005). Es wird über die Aussichtslosigkeit der Situation am Ende des Lebens berichtet (z.B. *Le Figaro* 12.4. 2005). Einer Verleugnung des Todes werden Geschichten von „ratlosen PatientInnen“ gegenübergestellt (vgl. z.B. *Le Monde* 26.9. 2003), die mit den Reportagen über Vincents Mutter alternieren (z.B. *Le Monde* 28.9. 2003 oder *Le Monde* 27.2. 2006). Dem Gesetz werden jene Umfragen gegenübergestellt, die eine aktive Sterbehilfe befürworten (vgl. *Le Figaro* 8.9. 2005 oder *Le Monde* 5.4. 2006). Die Einstellung des Verfahrens gegen Marie Humbert wird dazu genutzt, die Debatte rund um das Sterbehilfe-Gesetz neu zu initiieren (vgl. z.B. *Le Monde* 27.2. 2006 sowie Interview FR3).

KritikerInnen des Gesetzes gehen auf die individuelle Angst vor Schmerzen ein und heben den symbolischen Gehalt des Falls Vincent Humbert hervor. Auf diese Weise stellt der Fall das Leiden am Ende des Lebens dar, welches das Leben „unwürdig“ macht (Präsident von ADMD in *Le Duel*). Eine Verleugnung des Todes passiert durch aktive Sterbehilfe nicht, umgekehrt definiert diese den Wert der Bruderschaft neu (vgl. „Es ist ein Jahr her, dass Vincent starb“, September 2004 auf www.admd.net). Auf Ebene des Rationalisierungsdiskurses laden solche Ereignisse zur Re-Artikulation des Lebensbegriffs ein (vgl. dazu Weißes Buch von ADMD). Ihre Kritik sehen die AktivistInnen durch die Umfrageergebnisse unterstützt (vgl. www.admd.net). Sie thematisieren auch den Zwiespalt zwischen BürgerInnen und ExpertInnen durch Angriffe auf die Legitimität von politischen Institutionen wie z.B. den parlamentarischen Ausschuss: „Ihr Gesetz schützt nicht die Menschen, sondern die ÄrztInnen“ (vgl. der Präsident von ADMD in *Le Duel*).

Aus den vier AkteurInnengruppen kristallisieren sich BefürworterInnen und GegnerInnen der aktiven Sterbehilfe heraus, deren Bildung durch den Sprachmodus erklärt wurde. Erstens wurden Meinungen und politische Überzeugungen, die im Laufe des Verhandlungsprozesses und der Gesetzesdebatte artikuliert wurden und daran anschließende Reaktionen von einzelnen AkteurInnen untersucht. Dazu zählen Erklärungen und Warnungen, warum AktivistInnen „gefährlich“ sind, oder warum einzelne Parlamentarier sich als „Moralprediger“ gebärden. In den Interviews wurde dies mit Formulierungen wie „gesunde Ignoranten“ (Interview FR1) oder „Unwissende“ (Interview FR3) umschrieben. Es werden auch die bereits erwähnten Appelle an die französischen Werte wie „Freiheit“ und „Bruderschaft“ berücksichtigt. Die jeweiligen Reaktionen machen die Positionierung der AkteurInnen zueinander sichtbar.

Zweitens kam dem Kommunikationsumfeld der Bedeutung besondere Beachtung zu. Ein Gesetzestext weist z.B. immer eine öffentliche Dimension auf, deshalb war wichtig zu sehen, welchen Einfluss die befragten ExpertInnen in der Debatte hatten und wie die Abgeordneten selbst ihre Erfahrungen von der Arbeit im parlamentarischen Ausschuss sahen bzw. wie sie diese in den Interviews schilderten. In dieser Hinsicht waren die Reaktionen auf den Fall Humbert wichtige Kontextualisierungsmomente, weil sie den Wertezusammenhang offengelegt haben. Bei der Interviewarbeit konnten unterschiedliche Kommunikationsstereotypen beobachtet werden: PolitikerInnen wollten kurze prägnante Fragen, während ÄrztInnen und Krankenschwester eher frei von ihrer Alltagspraxis erzählt haben. Während die Interviews im Parlament durchstrukturiert waren, waren die Interviews in Hospizen mehr als ein informelles Gespräch geplant.

Die unmittelbaren Situationen der Feldforschung spielten, drittens, bei der Analyse eine wesentliche Rolle. Es war wichtig, beim Gesundheitspersonal eine Vertrauensbasis zu schaffen. Dies galt auch für die Anonymität der Interviews, weil die Interviewees ansonsten vor negativen Auswirkungen auf ihr Berufsleben Angst gehabt hätten. Während des Interviews brachten sie dies meist vor dem Einschalten des Aufnahmeegerätes zur Sprache, wobei die Mehrheit das Aufnahmegerät als Garantie gegen einen möglichen Missbrauch begrüßte.

Weiters wurde bei den Interviews immer wieder die Überraschung bzw. Verwunderung darüber ausgesprochen, dass eine junge Forscherin sich eines derartigen Thema angenommen hatte bzw. ihr dieses am Herzen zu liegen schien. Die InterviewpartnerInnen wollten versichert bekommen, dass die Forschung nicht zu einer Unterstützung der Sterbehilfe verwendet werden würde. Sie haben dies etwa durch den Bezug auf die Situation in Österreich thematisiert. Eine Interviewpartnerin meinte: „Also Sie haben in Österreich keine Bestrebungen nach aktiver Sterbehilfe, oder so?“ (Interview FR4) Mit dieser etwas unvorteilhaften Situation kann die Analyse spielerisch umgehen, wenn sie dies für die Interpretationsarbeit fruchtbar macht und in eine

Forschungsfrage transformiert: Warum haben die InterviewpartnerInnen bei einem jungen Menschen ein Desinteresse am Tod oder gar eine Neigung zur aktiven Sterbehilfe vorausgesetzt? Dies machte Rekonstruktionswege von „Gefährlichkeit“ und „Tabu“ in Bezug auf das Thema auf.

Abbildung 4:

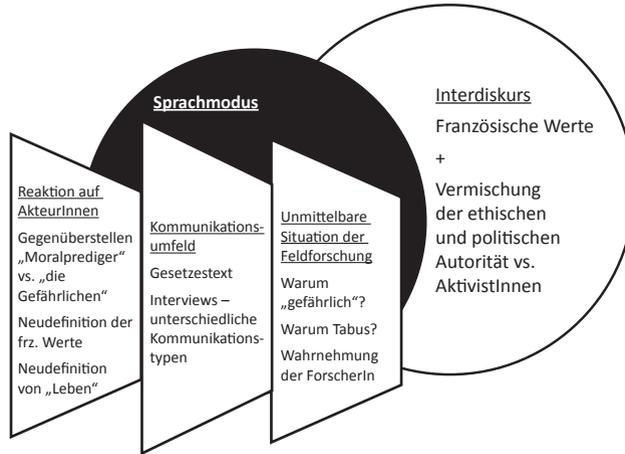


Abb. 4 fasst die zwei Phasen der Analyse noch einmal zusammen: Auf der Basis der eingeholten Informationen zum Interdiskurs werden Bedeutungen im Zuge der dreistufigen Positionierung der Daten sortiert. Mithilfe des Sprachmodus konnte dann gezeigt werden, dass die beiden AkteurInnengruppen in der französischen Debatte nicht nur die Positionierung zu französischen Werten teilen, sondern dass diese Positionierung gleichzeitig den individuell-intimen Umgang mit dem Tod und seine öffentliche Dimension thematisiert.

Auf der Seite des Gesetzes ließen sich Abgeordnete des französischen Parlaments und ExpertInnen finden, die vor den „gefährlichen“ Konsequenzen der aktiven Sterbehilfe warnten und sich somit affirmativ zu den französischen Werten positionierten und die öffentliche Dimension der Akzeptanz des Todes hervorgehoben haben. Auf der anderen Seite konterten BürgerInnenbewegungen wie die Assoziation für das Recht auf Sterben in Würde (ADMD) zusammen mit den Medien und wiesen auf die Unzulässigkeit der Situation von PatientInnen am Ende des Lebens im gegenwärtigen Frankreich hin. Auf diese Weise positionierten sie sich gegen den Interdiskurs der französischen Werte und forderten diesen durch die Hervorhebung des individuell-intimen Umgangs mit dem Tode heraus.

Schlussbetrachtungen

Der vorliegende Aufsatz thematisiert die Interpretationspraxis, wie sie aus der Interpretativen Politikfeldanalyse abgeleitet werden kann. Es wird ein Analyseapparat vorgeschlagen, der auf den „Sprachmodus“ einer Bedeutung eingeht, d.h., dass die konkrete Form des Datenmaterials als Zusammenspiel der Kontexte und Subjekte verstanden wird. Die Aufdeckung dieses Zusammenspiels erfolgt durch Kontextualisierung der einzelnen Datensätze und durch eine dreistufige Positionierung der Daten zueinander. Durch einen solchen Fokus zeigt der Sprachmodus, wie Feldforschungserlebnisse im Zuge der interpretativen Analyse in Bedeutungskategorien überführt werden.

Die Beschreibung des französischen Falles achtet auf die Einbettung der einzelnen Datensätze in den Interdiskurs französischer Werte und die institutionellen Rollen der AkteurInnen. Aus diesem Interdiskurs heraus werden die Datensätze positioniert: durch Reaktionen der AkteurInnen aufeinander, durch das Kommunikationsumfeld der Bedeutungen und durch die explizite Behandlung der unmittelbaren Situation der Feldforschung. Deshalb erfolgte die Beschreibung des Falles in zwei Phasen, wo zunächst das Datenmaterial vorgestellt wurde und danach die Resultate der Analyse aus der Perspektive des Sprachmodus kommentiert wurden.

Für die Interpretationspraxis ergibt sich daraus nicht nur die epistemologische Prämisse der „Intersubjektivität“, die mehrmals von interpretativen ForscherInnen hervorgehoben worden ist, sondern es ragt besonders die Notwendigkeit einer expliziten Auseinandersetzung mit emotionalen Aspekten der Feldforschung heraus. Diese Aspekte treffen immer zu: Die intime Erfahrung mit dem Tod und deren öffentliche Akzeptanz wird nur zu einem Extremfall einer Spannung zwischen der subjektiven Ausrichtung der Bedeutung und deren objektiver Einrahmung.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Autorin bedankt sich für die Kommentare, Kritik und Verbesserungsvorschläge zu dem vorliegenden Aufsatz bei Helga Pülzl, Paul Just, Georg Laub, Doris Wydra und Dvora Yanow sowie bei beiden GutachterInnen.
- 2 Die Bezeichnung „aktive Sterbehilfe“ geht auf die Unterscheidung zurück zwischen dem Beenden des Lebens durch eine „aktive“ Beteiligung eines Dritten (meistens durch Verabreichung eines Barbiturats) und dem Beenden des Lebens durch eine „passive“ Einstellung der lebensverlängernden Maßnahmen (z.B. Ventilatoren, Atmungsmaschinen etc.) Gleichzeitig ist diese Unterscheidung auch als eine „ethische Grenze“ zu interpretieren (Gronemeyer 2005), denn manche Studien klassifizieren die „passive“ Variante nicht als Sterbehilfe (vgl. dazu Clark 2002).
- 3 Die interpretative Kritik hebt die Rolle der Bedeutung hervor, die Entscheidungsstrukturen mit bildet und somit sowohl die jeweiligen Auslegungen politischer Prozesse in Phasen als auch die Teilnahme der spezifischen AkteurInnen beeinflusst (vgl. dazu Sabatier/Jenkins-Smith 1993 und Hudson/Loewe 2004).
- 4 Die theoretischen Hintergründe einzelner Ausrichtungen gehen auf die philosophische Tradition zurück, auf die sich einzelne AnalytikerInnen berufen. Frank Fischer ist erstrangig an der Kritik der in den USA vorrangigen positivistischen Policy-Forschung interessiert und beruft sich auf die Konzeption der Öffentlichkeit und Demokratie von John Dewey (vgl. dazu Fischer 1980 und 2009). Mark Bevir verbindet die Kritik der positivistischen Konzeption der Politik mit dem Begriff der Interpretation (Bevir 2002). Herbert Gottweis baut seine Konzeption der Politikfeldanalyse auf der Tradition des Begriffes „Politik“ in der Diskurstheorie (Gottweis 2003). Die im letzten Jahrzehnt immer häufiger verwendete Bezeichnungen „interpretativ“ (vgl. Yanow 2000 und 2006 sowie Wagenaar 2011) oder „kritisch“ (vgl. Fischer 2009) hängen auch mit der Etablierung einer Jahrestagungsplattform „Interpretive Policy Analysis Conference“ und der Gründung der Zeitschrift *Critical Policy Studies* zusammen.
- 5 Die linguistische Diskussion des Begriffes „Intersubjektivität“ geht auf Emile Benveniste zurück (vgl. Emile Benveniste in Kerbrat-Orecchioni 2005 und Charaudeau 2000). Die Intersubjektivität wird oft analogisch als Kriterium des Datenumgangs verwendet (vgl. dazu Wagenaar 2011, 45).
- 6 Maarten Hajer konzipiert eine Bindung zwischen Kontext und Subjekt durch eine „Diskurskoalition“, in welcher sich AkteurInnen auf bestimmte Narrative einigen können (Hajer 1993). Dvora Yanow zeigt, dass „Kategorien“ wie „Rasse“ oder „Ethnizität“ nicht jenseits der Werte operierende Verwaltungsinstrumente sind, sondern diese beinhalten Stereotypen, Klischees und Vorannahmen, durch die Verwaltungspraxis entfaltet werden kann (vgl. Yanow 2003).
- 7 Im deutschsprachigen Raum bauen die interpretativen Ansätze in der Politikfeldanalyse auf den bereits erwähnten Traditionen der Diskurstheorie (vgl. Gronau/Nonhoff/Nullmeier/Schneider 2009) auf oder sie gehen auf Literatur zu politischen Praktiken zurück (z.B. Nullmeier/Pritzlaff 2009). In Bezug auf den Begriff „Diskurs“ haben in den letzten Jahrzehnten die kritische Diskursanalyse (vgl. Wodak/Kryzanowski 2008) wissenssoziologische Diskursanalyse (vgl. Keller 2008) sowie die von Foucault und der französischen epistemologischen Tradition inspirierte Diskursanalyse (vgl. Foucault 1966 in Diaz-Bone 2006 sowie Keller 2007) zu der Diskussion der Interpretationspraxis in der Politikfeldanalyse beigetragen. In diesem Aufsatz stellt die deutsche Tradition der interpretativen Ansätze jedoch nicht den Schwerpunkt dar, weil die Reflexion direkt aus der angelsächsischen Tradition abgeleitet wird.
- 8 Auf diese epistemologische Prämisse deutet auch Michel Foucault mit seinem Begriff des Diskurses hin (vgl. z.B.

- Foucault 1966), indem er etwa die Mechanismen einer Diskursformation mit der jeweiligen Subjektposition, die den Diskurs trägt, verbindet.
- 9 Alle Daten wurden auf Französisch gesammelt und für den vorliegenden Aufsatz vom Französischen ins Deutsche von der Autorin übersetzt.
 - 10 Im September 2005 waren es laut der Umfrage von TNS SOFeres 81% der FranzösisInnen (vgl. *Le Figaro* 8.9. 2005). 75% der BefürworterInnen wurden in der Umfrage von *Le Monde* am 5. April 2006 festgestellt, während sich zwischen 1998 und 2001 nur 57% der FranzösisInnen für eine aktive Sterbehilfe für die Kranken im Endstadium ausgesprochen haben (vgl. FNEGE – Fédération nationale de l'enseignement et de la gestion de l'entreprise – Synthèse 2001). Die Umfrage von ARVAL vom Jahre 2008 (Assoziation für die Erforschung der Wertesysteme – Association de recherche des systèmes de valeurs) zeigte, dass 6,55 von zehn FranzösisInnen aktive Sterbehilfe im Falle einer unheilbaren Krankheit in Erwägung ziehen würden. Die Zahl ist zwischen 1999 (Verabschiedung des ersten Gesetzes für Palliativversorgung) und 2008 um 1,5 gestiegen, ©ARVAL.
 - 11 Die Analyse geht bewusst auf die ethisch-moralische Diskussion der Problematik nicht ein, weil dies den Rahmen des Vorhabens sprengen würde. Dennoch werden die ethischen Positionen – soweit sie im Rahmen der Debatte als Bindung zum entsprechenden Interdiskurs zum Ausdruck gebracht wurden – thematisiert. Eine ausführliche Behandlung der ethisch-moralischen Dimension der Debatte siehe Durnová 2009 und Durnová/Gottweis 2009.
 - 12 Den hier präsentierten Resultaten der medialen Debatte liegt eine Analyse der Berichterstattung in französischen Medien zugrunde, die die französische Presse von 2003 bis 2008 auf die genannten Schlagworte untersuchte, um dabei die Bedeutungsfunktion der Emotionen bei der Darstellung der öffentlichen Angelegenheit zu enthüllen. Für die Illustration der Interpretationspraxis werden die Datensätze von der Periode 2003 bis 2006 genommen (Detailierte Resultate der gesamten Periode vgl. Durnová 2009, 143–154).
 - 13 Vgl. Gesetz n° 2005–370, Artikel 5. Es geht um eine Situation, wo der Wunsch wiederholt von den PatientInnen geäußert wird und deren Situation gleichzeitig als „aussichtslos“ klassifiziert wird. Bei PatientInnen, die sich nicht ausdrücken können, muss ein ÄrztInnenkollegium der betreffenden Krankenhausabteilung zusammengerufen werden und dann über weitere Schritte abstimmen.

LITERATUR

- Altheide*, David L./John M. *Johnson* (1994). Criteria for Assessing Interpretive Validity in Qualitative Research, in: Norman K. *Denzin*/Yvonna S. *Lincoln* (Hg.): *Handbook of Qualitative Research*, London, 485–499.
- Bachtin*, Michail (1979). *Die Ästhetik des Wortes*, Frankfurt am Main.
- Bevir*, Mark (2002). *The Logic of History of Ideas*, Cambridge.
- Bruner*, Jerome (1990). *Acts of meaning*, Cambridge.
- Charaudeau*, Patrick (2000). La Problématisation Discursive de L'emotion, in: Christian *Plantin*/Marianne *Doury* (Hg.): *Les Emotions dans Les Interactions*, Lyon, 125–156.
- Clark*, David (2002). Between Hope and Acceptance: The Medicalisation of Dying, in: *British Medical Journal*, Vol. 324, 905–907.
- Combe*, Dominique (1991). *La pensée et le style*, Paris.
- Denzin*, Norman Kent/Yvonne S. *Lincoln* (Hg.) (1994). *Handbook of Qualitative Research*, London.
- Diaz-Bone*, Rainer (2006). Zur Methodologisierung der Foucaultschen Diskursanalyse. *Forum Qualitative Sozialforschung*, Vol. 7(1). Internet: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/71> (Zugriff: 28.2. 2011)
- Dubois*, Vincent (2009). Towards a Critical Policy Ethnography: Lessons from Fieldwork on Welfare Control in France, in: *Critical Policy Studies*, Vol. 3 (2), 221–239.
- Durnová*, Anna (2009). *Towards a Politics of Intimacy: Policies on Dying in European Societies*, Dissertation. Universität Wien.
- Durnová*, Anna/Herbert *Gottweis* (2009). Politik zwischen Tod und Leben, in: Martin G. *Weiß* (Hg.): *Bios und Zoe. Die menschliche Natur im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit*, Frankfurt am Main, 273–303.
- Fairclough*, Norman (2001). *Language and Power*, Harlow.
- Fay*, Brian (2005). *Contemporary Philosophy of Social Science*, Oxford.
- Finlayson*, Alan/Jeremy *Valentine* (Hg.) (2006). *Politics and Post-Structuralism*, New York.
- Fischer*, Frank (2009). *Democracy And Expertise: Reorienting Policy Inquiry*, Oxford.
- Fischer*, Frank (2003). *Reframing Public Policy: Discursive Politics And Deliberative Practices*, Oxford.
- Fischer*, Frank (1980). *Politics, Values and Public Policy*, Boulder.
- Fischer*, Frank/John *Forester* (Hg.) (1993). *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*, London.
- Flick*, Uwe (2004). *Triangulation. Eine Einführung*, Opladen.
- Foucault*, Michel (1966). *Les mots et les choses une archéologie des sciences humaines*, Paris.

- Glynos, Jason/David Howarth* (2008). Structure, Agency and Power in Political Analysis: Beyond Contextualised Self-Interpretations, in: *Political Studies Review*, Vol. 6, 155–169.
- Goffman, Erwing* (1969). *The Presentation of Self in Everyday Life*, London.
- Gottweis, Herbert* (2006). Constructivist Approaches To Public Policy, in: *John Pierre/E. Guy Peters* (Hg.): *Public Policy Handbook*, London, 1–19.
- Gottweis, Herbert* (2003). Theoretical Strategies of Poststructuralist Policy Analysis: Towards An Analytics Of Government, in: *Maarten Hajer/Hendrik Wagenaar* (Hg.): *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in The Network Society*, Cambridge, 247–265.
- Griggs, Steven/David Howarth* (2004). A transformative political campaign? The new rhetoric of protest against airport expansion in the UK, in: *Journal of Political Ideologies*, Vol. 9(2), 181–201.
- Gronau, Jennifer/Martin Nonhoff/Frank Nullmeier/Stefan Schneider* (2009). Spiele ohne Brot? Die Legitimationskrise der G8, in: *Leviathan* Vol. 37(1), 117–143.
- Grondin, Jean* (1994). Hermeneutische Wahrheit? Zum Wahrheitsbegriff Hans-Georg Gadamers, Weinheim.
- Gronemeyer, Reimer* (2005). *Helping People at the End of Their Lives: Hospice and Palliative Care in Europe*, London.
- Gumperz, John Joseph* (1982). *Language and social identity*, Cambridge.
- Hajer, Maarten* (1993). Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice: The Case of Acid Rain in Great Britain, in: *Frank Fischer/John Forester* (Hg.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*, London, 43–67.
- Hajer, Maarten* (2009). *Authoritative Governance Policy Making in the Age of Mediatization*, Oxford.
- Hajer, Maarten* (2005). Re-building Ground Zero. The Politics of Performance, in: *Planning Theory and Practice*, Vol. 6(4), 445–464.
- Hajer, Maarten/Wytske Versteeg* (2005). Performing Governance Through Networks, in: *European Political Science*, Vol. 4, 340–346.
- Hajer, Maarten/Hendrik Wagenaar* (Hg.) (2003): *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in the network Society*, Cambridge University Press.
- Hudson, John/Stuart Lowe* (2004). *Understanding The Policy Process, Analysing Welfare Policy And Practice*, Bristol.
- Iser, Wolfgang* (1984). *Der Akt des Lesens. Theorie ästhetischer Wirkung*, Paderborn.
- Jäger, Siegfried* (1999). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Duisburg.
- Keller, Reiner* (Hg.) (2005). *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung*, Konstanz.
- Keller, Reiner* (2007). Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissenschaftlichen Profilierung der Diskursforschung, in: *Forum Qualitative Sozialforschung*, Vol. 7(2). Internet: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/243/538> (Zugriff: 12.6. 2011).
- Kerbrat-Orecchioni, Catherine* (2005). *Le discours en interaction*, Paris.
- Kerbrat-Orecchioni, Catherine* (1999). *L'énunciation*, Paris.
- Maingueneau, Dominique* (1996). *Les termes clés de l'analyse du discours*, Paris.
- Majone, Giandomenico* (1989). *Evidence, Argument and Persuasion*, in: *The Policy Process*, New Haven.
- Mouffe, Chantal* (2005). *On the political*, London.
- Nullmeier, Frank/Tanja Pritzlaff* (2009). Zu einer Theorie politischer Praktiken, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* Vol. 1(2009), 7–22.
- Pierre, John/ Guy Peters* (2000). *Governance, Politics and the State*, New York.
- Rabinow, Paul/William M. Sullivan* (Hg.) (1979). *Interpretive social science*, Berkeley.
- Ricœur, Paul* (1997). *La Métaphore vive*, Paris.
- Sabatier, Paul A./H. C. Jenkins-Smith* (1993). *Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach*, Boulder.
- Schatz, Edward* (Hg.) (2009). *Political Ethnography. What Immersion Contributes To The Study Of Power*, Chicago.
- Schwartz-Sea, Peregrine/Dvora Yanow* (2006). *Interpretation and Method. Empirical Research Methods and the Interpretive Turn*, New York.
- Van Maanen, John* (1988). *Tales of the Field. On Writing Ethnography*, Chicago.
- Wagenaar, Hendrik* (2011). *Meaning in Action. Interpretation and Dialogue in Policy Analysis*, New York.
- Weiß, Robert S.* (1994). *Learning From Strangers: The Art And Method Of Qualitative Interview Studies*, New York.
- Wodak, Ruth/Michael Krzyzanowski* (2008). *Qualitative discourse analysis in the social sciences*, Basingstoke.
- Yanow, Dvora* (2006). Philosophical Presuppositions and the Human Sciences, in: *Peregrine Schwartz-Sea/Dvora Yanow* (Hg.): *Interpretation and Method. Empirical Research Methods and the Interpretive Turn*, New York, 3–26.
- Yanow, Dvora* (2003). Constructing „race“ and „ethnicity“ in America category-making in public policy and administration, Armonk.
- Yanow, Dvora* (1996). *How Does a policy mean? Interpreting Policy and Organizational Actions*, Washington D.C.

ZITIERTE QUELLEN

Gesetz: n° 2005-370 du 22 avril 2005 droits des malades et à la fin de vie.

Gesetzesvorschlag: n° 1882, vorgelegt dem Abgeordnetenhaus am 26.10. 2004.

Debatte um das Gesetz im Abgeordnetenhaus. Internet: <http://www.assemblee-nationale.fr/12/propositions/pion1882.asp> (Zugriff: 12.7. 2009).

N° 1105 Proposition de résolution tendant à créer une commission d'enquête sur la réalité de l'euthanasie en France, Enregistré à la Présidence de l'Assemblée nationale le 7 octobre 2003. Internet: <http://www.assemblee-nationale.fr/12/propositions/pion1105.asp> (Zugriff: 12.7. 2009).

Hennezel, Marie de (2005). „La France palliative“, Mission accordé par le ministre de la santé Philippe Douste-Blazy. Leonetti, Jean (Hg.) (2004). Respecter La Vie, Accepter La Mort. Rapport N 1708, Tome 1 & 2, Mission D'Information.

„Livre blanc de l'Association pour le droit de Mourir dans la Dignité“, Prinzipien und Bestimmungen „Assoziation für das Recht auf Sterben in Würde“ (ADMD). Internet: www.admd.net (Zugriff: 12.7. 2009).

„Médiathiser euthanasie“, Fernsehendokument France 5, 5.6. 2005.

„Le duel“ „La loi doit-elle totalement dépénaliser l'euthanasie?“, Fernsehshow von Paul Wermus. VSD, 2005. Internet: http://www.vsd.fr/contenu_editorial/pages/magazine/kiosque/duel/duel192.php (Zugriff: 28.6. 2005).

„Le droit de mourir.“ Le Monde, 26.6. 2003.

„L'Assemblée nationale met en place une mission d'information sur l'euthanasie.“ Le Monde, 2.10. 2003.

„Aucune aide, aucun soin palliatif n'aurait fourni de réponse.“ Le Monde, 28.9. 2003.

„Les dernières heures de Vincent Humbert racontées.“ Le Nouvel Observateur, 11.5. 2005.

„Restauration de l'agonie.“ Le Figaro, 12. April 2005.

„La proposition de loi sur la fin de vie adoptée après un débat houleux au Sénat.“ Le Monde, 14.4. 2005.

„On a trahi mon fils“, estime la mère de Vincent Humbert après le non-lieu.“ Le Monde, 27.2. 2006.

INTERVIEWS

(Der Analyse liegen insgesamt 37 qualitative Interviews zugrunde, die zwischen 2005 und 2009 geführt worden sind. Hier werden nur die im Artikel direkt zitierten Interviews angeführt.)

FR1: DirektorIn einer Zweigstelle der SFAP („Französische Gesellschaft für Begleitung und Palliative Pflege“) Paris, April 2005.

FR2: Arzt/Ärztin, Mobiles Hospiznetzwerk „Quietude“, Paris, April 2005.

FR3: OnkologIn und Mitglied der „Französischen ÄrztInnenassoziation“ (AMF) Strassbourg, August 2007.

FR4: Abgeordnetenhaus, Mitglied der Informationsmission betreffend „Ende des Lebens“, April 2005.

FR5: Abgeordnetenhaus, AssistentIn der Abgeordneten in der Informationsmission betreffend „Ende des Lebens“, April 2005.

AUTORIN

Anna Durnová, promovierte Komparatistin und Politologin, ist dzt. Post-Doc-Assistentin und Lektorin an der Universität Wien. Sie ist auch Lektorin für Diskursanalyse und Interpretation an der Masaryk Universität in Brno. Sie war Forscherin an den Universitäten Paris 3, Lyon 2 und Prag. Forschungsinteressen: Diskursforschung, Schnittstelle Politik und Emotionen, Gesundheitspolitik.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universitätstraße 7/2. Stock, 1010 Wien

E-Mail: anna.durnova@univie.ac.at